

# Allgemeiner Anzeiger für Druckereien.

Verlag von **Klimsch & Co.** in **Frankfurt a. Main**

besteht seit 1874 und wird versandt an alle Buch- und Steindruckereien in Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Holland-Luxemburg, der Schweiz u. sonstigen Länder Europas sowie an eine große Anzahl (hauptsächlich deutscher) Druckereien in allen übrigen Welttheilen.

**Auflage nachweislich 11500 Exemplare.**

Der Anzeiger erscheint wöchentlich — jeden Donnerstag. — Der Schluss für die Annoncen-Aufnahme erfolgt stets Mittwoch früh, nach Eintreffen der ersten Post. **Annoncen** in diesem Anzeiger finden rasche und weite Verbreitung in Fachkreisen. — Diejenigen Interessenten, welche den Anzeiger nicht gratis zu erhalten haben, können innerhalb des Deutschen Reiches zum Preise von 50 Pf. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten (Post-Zeitungsbestellliste Nr. 174) oder auch bei der Expedition direkt darauf abonnieren. Fürs Ausland beträgt der Abonnementspreis 3 Mk. pro Jahr bei direkter Zusendung.

In Verbindung mit dem Anzeiger steht die periodische Ausgabe des

## Adressbuches für Buch- und Steindruckereien

welches, außer der Aufzählung der Firmen, auch detaillierte Geschäftsnotizen sowie eine genaue Aufstellung über die in jeder Druckerei beschäftigten Gehilfen und Maschinen enthält. — Man beliebe genau zu adressieren:

**Allgemeiner Anzeiger für Druckereien (Klimsch & Co.) in Frankfurt a. M.**

*Wilhelm Woellmers*  
*Schriftgießerei*  
Berlin, Friedrichstr. 226.  
Novitäten: Schreibschriften,  
Einfassungen, Zier- und Titelschriften,  
Fertige Druckereien am Lager.



**Gutenberg-Haus, Franz Franke,**  
Maschinen-Fabrik, Berlin W., Mauerstrasse 33.  
**Handhebel-Schnellpresse**  
in vier verschiedenen Grössen.  
**Ausführliche Prospekte gratis.**  
Spezialität: Einrichtung kompletter Buchdruckereien mit allen Maschinen, Schriften u. Utensilien.

MESSINGZUGENFABRIK  
Stempelschneiderei  
**Schriftgießerei Emil Gursch**  
Berlin S, Prinzenstr. 12.  
NEUE ERGÄNZUNGEN  
WALDENSCHNITT-ALPHABET

**BERGER & WIRTH**  
früher G. Hardegen  
Gegründet 1823.  
Fabrik von schwarzen und bunten  
**BUCH- und STEINDRUCK-FARBEN**  
Firnissiederei Russbrennerei  
**VICTORIA WALZENMASSE.**  
**LEIPZIG.**

## Gehaltsverbesserung für Accidenzseher!

Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein wirklich tüchtiger Accidenzseher heute zu Tage gut bezahlt wird, es sollte daher das Streben aller derjenigen, welche sich noch nicht zu den Tüchtigen zählen können, und dementsprechend auch nur mit bescheidenem Gehalte vorlieb nehmen müssen, dahin gehen, eine höhere, besser bezahlte Stufe zu erreichen. Schon durch fleißiges und aufmerksames Studieren guter Fachwerke wird dieses Ziel leicht zu erreichen sein und die wenigen Mark, welche man durch Antauf derselben opfert, werden bald durch höhern Gehalt reichlich Zinsen tragen. Man findet eingehendste Belehrung in den Werken: **Anleitung zum Accidenzsage** von Alexander Waldow, dem altbewährten Praktiker auf diesem Gebiete (Preis 4 Mk.), ferner in: **Das Ornamentieren im Buchdruckgewerbe** von Friedrich Bosse (Preis brosch. 4,50 Mk., geb. 6 Mk.), mit verständlichst geschriebener, durch Hunderte von Anwendungen verdeutlichter Belehrung über den Satz aller Arten von Einfassungen und Ornamenten. — Reichhaltige Muster moderner und gediegener Accidenzsätze, nach denen man leicht die in der eigenen Praxis vorkommenden Arbeiten gestalten kann, liefern die **Musterblätter und Musterbücher für Accidenzseher** (22 Hefte à 1 Mk., Bände zu 20 Mk.) und vornehmlich das **Archiv für Buchdruckerkunst** (12 Hefte pro Jahr, Preis 12 Mk.), welches bereits im 25. Band erscheinend, in seinen Monatsheften zahlreiche Muster von einfachen wie komplizierten Accidenzarbeiten schwarz und farbig bringt, und durch diese, wie durch den Text zu einer **reichen Quelle der Belehrung** wird. Weniger bemittelten Sehern wird bei einer Buchhandlung ihres Ortes Einzelbezahlung der Hefte gern vermittelt. Alle hier angeführten Verlagswerke sind bei Alexander Waldow in Leipzig erschienen. — Kataloge werden auf Wunsch sofort gratis und franto versandt.

**MÜLLER & HÖLEMANN**  
SCHRIFTGIEßEREI  
DRESDEN  
Druckerei-Einrichtungen u. Umgüsse auf Pariser System in kürzester Zeit. Reiche Auswahl und grosses Lager von Schriften, Einfassungen etc. Prompte Bedienung. Billigste Preise.

**Gebr. Grünebaum**  
Fachscreinerei mit Dampftrieb  
Bürgel-Offenbach  
Gegründet 1850. empfiehlt Gegründet 1850.  
Regale, Setzkästen u. Zinkschiffe gut und dauerhaft gearbeitet, grosser Setzkasten 5 Mk., kleiner Setzkasten 3 Mk. Probekästen und illustrierte Preiskourante auf Verlangen.

## Produktiv-Genossenschaft Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Eingetragene Genossenschaft, in Liq.  
Sonntag den 12. Februar 1888 vormittags 11 Uhr in **Drschels Salon, S, Sebastianstraße 39,**  
**außerordentliche Generalversammlung**  
zu der die Anteilseigen-Inhaber hierdurch eingeladen werden.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung über den augenblicklichen Stand der Liquidation. 2. Neuwahl der Liquidatoren. [101]

Berlin, den 29. Januar 1888.

**W. Jung, A. Niede,** Liquidatoren.

## Verein Leipziger Buchdruckergehilfen. (Gauverein Leipzig.)

Freitag den 17. Februar abends 1/9 Uhr im **Theaterfaale des Kriakallpalastes**

## Ordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Wahl und Entlassung der Mitglieder des Vorstandes;
2. Prüfung des Rechenschaftsberichtes;
3. Entlastung des Vorstandes für die gelegte Rechnung;
4. Festsetzung der nach § 5 des Statuts erforderlichen Beiträge;
5. Festsetzung der Remuneration für den Vorstand;
6. Festsetzung des Gehaltes für den Kassierer;
7. Antrag von Franz Eckstein u. Gen.: Verlegung des Vereinslokales in Stadt Hannover.

Der Vorstand. Herm. Böhme, 1. Vors.

# Correspondent

Erscheint  
Mittwoch, Freitag,  
Sonntag,  
mit Ausnahme der Feiertage.

für

Alle Postankalten  
nehmen Bestellungen an.

Preis  
vierteljährlich 1 M. 25 Pf.

Inserate  
pro Spalte 25 Pf.

Jährlich 150 Nummern.

## Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

XXVI.

Leipzig, Mittwoch den 1. Februar 1888.

N<sup>o</sup> 13.

### Zur Klärung.

Verschiedentlich werden Behörden und Mitglieder unsers Vereins auf die nächste Generalversammlung vertröstet, welche die augenblicklich vorliegende Frage lösen werde.

Wir wünschen das auch, wenn aber die Generalversammlung diese Frage lösen soll, so müssen ihr auch die Mittel und Wege an die Hand gegeben werden, wie dieselbe zu lösen ist. Diese Mittel sind aber nicht damit erschöpft, daß man die Bildung eines Vereins auf Grund des Koalitionsgesetzes, Gau- oder Landesverbände zc. vorschlägt, sondern es handelt sich in erster Linie darum, daß die preussischen Vereine eine Form finden, welche ihnen die Weiterexistenz ermöglicht und wir zweifeln nicht daran, daß sich eine solche finden läßt, denn der Ausspruch, daß ein Verein nur dann zugelassen werden könne, wenn er keinerlei Beiträge erhebt, ist in der Geschichte des Vereinswesens vollständig neu und muß erst begründet werden.

Läßt sich bis zur Generalversammlung ein definitiver Entscheid nicht beschaffen, so bleibt, wie schon früher gesagt, nichts übrig, als vorläufige Trennung vom Gesamtverein, Stellung unter das Vereinsgesetz und Abwarten, ob hier oder da eine Auflösung wegen Erhebung von Beiträgen zur Unterstützung erfolgt, um einen gerichtlichen Entscheid herbeizuführen, bei welchem letztem es darauf ankommt, ob die Auffassung, wonach unsere Unterstützungen lediglich Akte freiwilliger Humanität sind, oder die des preussischen Ministeriums, welches denselben den Charakter der Versicherung beilegt, die richtige ist.

Bis zu dieser Entscheidung werden wir gut thun, so wenig als möglich zu reorganisieren, weil die Reorganisation im Sinne derselben erfolgen muß, wenn wir etwas Ganzes schaffen wollen. Alle etwaigen Beschlüsse der Generalversammlung in dieser Beziehung können daher nur einen provisorischen Charakter haben, d. h. sie können nur eventualiter gefaßt werden, für den Fall, daß sie auf Grund der richterlichen Entscheidung durchführbar sind. Mit der weitem Ausführung vertraut man am besten eine Kommission, die sich aus mehreren Gauen zusammensetzt.

Der Einwand, daß wir endlich einmal zu einem Abschlusse gelangen müßten, ist ein ganz berechtigter, aber das hierzu vorgeschlagene Mittel, die Zerstückelung des Vereins in einzelne Teile, ist ein verfehltes. Von den 13000 Mitgliedern sind von den behördlichen Maßnahmen nur 5500 betroffen — warum sollen nun die übrigen auseinander laufen und dadurch das spätere Wiederausammengehen mindestens erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen? Man vergeße nicht, daß der Ausspruch: „Wir

wollen endlich Ruhe haben“, meistens wörtlich zu nehmen ist. Wenn sich Sachsen, Württemberg, Baden — abgesehen von den kleineren Ländern, deren Vereinswesen wohl ganz zerfallen würde — selbständig etablieren, so haben sie allerdings Ruhe, aber eine Ruhe, die zerstörend wirkt, weil der Zusammenhang nur ein ganz loser sein würde. Wer die Geschichte der Buchdruckerbewegung studiert hat, der muß wissen, daß wir mit der sogen. „Gegenseitigkeit“ recht schlechte Erfahrungen gemacht haben, der weiß auch, daß die Versicherungen von treuem Zusammenhalten in Not und Gefahr u. dgl. bloße Phrasen sind. Wem es aber mit solchen Versicherungen ernst ist, der wird gut thun, einer Zersplitterung nur dann zuzustimmen, wenn die zwingende Notwendigkeit kein andres Mittel zuläßt, wie das unter Umständen jetzt mit den preussischen Mitgliedschaften der Fall ist.

Was endlich die Beschlüsse der Generalversammlung betrifft, die, wie erwähnt, wahrscheinlich nur einen provisorischen Charakter haben können, so erinnern wir daran, daß unsere schon im Jahr 1886 gemachten Reorganisationsvorschläge deshalb die meiste Beachtung als Unterlagen verdienen, weil sie auf den Entscheid des preussischen Ministeriums, der ja bereits im Jahr 1885 bekannt war, zugeschnitten sind, natürlich vorbehaltlich der richterlichen Entscheidung über den Charakter unserer Unterstützungen. Die statutarische Formel für unsere Vorschläge lautet einfach: Solange ich dem Verein angehöre, verpflichte ich mich, in den vorgehenden Fällen die Mitglieder desselben zu unterstützen, eine Formel, die seit 20 Jahren thatächlich gehandhabt wurde. Man nehme daher diese Vorschläge nochmals zur Hand, prüfe dieselben, mache der Generalversammlung seine Gegenvorschläge und bevollmächtige die zu wählende Kommission, aus dem Beschlossenen das zu wählen, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen am praktischsten erscheint. Wenn die Kommission außerdem die Direktive erhält, nur die Erhaltung des Ganzen im Auge zu behalten, so ist jedem berechtigten Verlangen Genüge geschehen.

### Korrespondenzen.

K. Augsburg, 25. Januar. Die erste diesjährige Generalversammlung der hiesigen Mitgliedschaft fand am vergangenen Sonnabend bei sehr zahlreicher Beteiligung statt. Der Vertrauensmann, Herr Hauschild, eröffnete die Versammlung mit begrüßenden Worten zum neuen Jahr und mit einem Hinweis auf die eben abgelaufene Geschäftsperiode, indem er seinem Danke für den regen Eifer eines großen Teiles der Mitgliedschaft in allen auf die Organisation bezüglichen Fragen Ausdruck gab, zugleich aber damit den Wunsch verknüpfte, dieses löbliche Streben möchte auch im nun begonnenen Jahre betätigt werden und die nachfolgenden Versammlungen sich eines ebenso zahlreichen Besuches zu

erfreuen haben. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung ging man zum ersten Punkte der umfangreichen Tagesordnung, von welcher wir nur das wesentlichste an dieser Stelle wiedergeben, über. Der Kassierer berichtete über den Stand der Allgemeinen Kasse, sowie der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse pro IV. Quartal 1887. Nach dem Berichte besitzen wir ein Ortsvereinsvermögen von 211,13 M. und bei der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse wurde ein Ueberschuß von 92,19 M. erzielt. — Zum zweiten Punkte motivierte der Vorsitzende einen vom Ausschusse eingebrachten Antrag: „Bildung einer aus Prinzipalen und Gehilfenvertretern bestehenden örtlichen Tariffkommission.“ In kurzen Anrissen wurde der Zweck des Antrages näher erläutert und die Bestellung einer diesbezüglichen Kommission angelegentlich empfohlen. Nach einer kurzen Diskussion erklärte sich die Versammlung mit dem Antrag einverstanden und beauftragte den Vertrauensmann, die hierauf bezüglichen Vorarbeiten bis zu der nächsten Versammlung zu machen. — Punkt 3 betraf die demnächstige ordentliche Generalversammlung des U. V. D. B. Der Vorsitzende gab den Bescheid des königl. preussischen Ministeriums an den U. V. D. B. kund, von welchem, nebenbei bemerkt, die Anwesenden nicht sonderlich erbaunt waren, kam sodann speziell auf die Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse, bei welcher letzterer bekanntlich auch Bayern sich aktiv beteiligen kann, zu sprechen und richtete an die Mitglieder die Anfrage: ob dieselben neuerlich Anträge zu stellen beabsichtigten. Die allgemeine Ansicht ging dahin, daß die für die außerordentliche Generalversammlung bestimmten Anträge auch diesmal auf die Tagesordnung zu stehen kämen. — Punkt 4 handelte von der Aufstellung von Kandidaten für die Delegiertenwahl. Man einigte sich dahin, obwohl Augsburg in Anbetracht seiner Mitgliederzahl nur Aufstellung von 2 Kandidaten berechtigt wäre, nur 1 Delegierten von hier in Vorschlag zu bringen und nominierte als solchen Herrn Robert Hauschild. — Der 5. Punkt ist lokaler Natur, indem solcher die Aufhebung einer örtlichen freiwilligen Extrasteuer betrifft. — Unter Punkt 6 stand die Neuwahl des Gesamtausschusses. Das Resultat ist bereits unter der Rubrik „Vereinsnachrichten“ bekannt gegeben worden, nur sei hier bemerkt, daß erfreulicherweise sämtliche gewählte Herren die auf sie gefallene nahezu einstimmige Wiederwahl angenommen haben. — Punkt 7 „Vereinsmitteilungen“ war der letzte Gegenstand der Tagesordnung. Zunächst konstatierte der Vorsitzende die Aufnahme von mehreren neuen Mitgliedern, worauf aus Mitleid der Versammlung die Belpredung technischer Fragen bez. Gründung eines typographischen Klubs innerhalb des Ortsvereins in Anregung gebracht wurde. Der Gegenstand wurde nach kurzer Diskussion für die nächste Versammlung zurückgestellt. — Am Schluß unsers Berichtes wollen wir noch beifügen, daß auch das gesellige kollegiale Leben am hiesigen Ort ein zufriedenstellendes ist, wozu namentlich die Gesellschaft Typographia wesentlich beiträgt. Es wäre nur zu wünschen, daß auch die wenigen derselben noch ferne stehenden Kollegen sich zum Beitritt zu genannter Gesellschaft entschließen würden.

Gn. Braunschweig. Der nun endlich eingegangene Entscheid des preussischen Ministeriums des Innern veranlaßte, wie wohl aller Orten, auch den hiesigen Bezirksvorstand, eine Versammlung der Mitglieder auf Sonntag den 15. Januar einzuberufen, um über denselben in Beratung zu treten eventuell zu erwägen, was nun in der schwebenden Angelegenheit zu thun sei. Folgende Tagesordnung war vom Vorstand aufgestellt: 1. Der Entscheid des königl.

preussischen Ministeriums des Innern. 2. Stellung des hiesigen Bezirksvereins zu demselben, eventuell Erteilung einer Vollmacht für den Vorstand zur Wahrnehmung der Rechte der Mitglieder. 3. Anträge der Mitglieder zu vorstehenden Punkten und zu der in Hamburg stattfindenden Generalversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung legte der Bezirksvorstand den Mitgliedern ein Schriftstück vor, welches die Ansicht desselben in der Reorganisationsfrage in sich faßte. Dasselbe referiert noch einmal die Vorgänge in Frankfurt a. M., das Resultat der Göttinger Generalversammlung, die Angriffe auf den Verein in Berlin und anderen Orten, die verschiedenen Antworten der Dezentralen etc. Wenn nun auch Braunschweig, so wird in dem Schriftstück weiter ausgeführt, nicht direkt von diesem Entschiede berührt werde, so hielt es der Bezirksvorstand doch für seine Pflicht, schon jetzt eventuelle Maßnahmen zu treffen, welche dazu dienen sollen, die Rechte der Mitglieder voll und ganz zu wahren. Im fernern werden noch die Punkte angeführt (so die Zentral-Invalidentasse, die verschiedenen zu derselben gemachten Vorschläge, Einkauf der Invaliden in den Nordstern etc.), welche der Versammlung zur gründlichen Prüfung unterständen, sodann das Bedauern darüber ausgesprochen, daß Institutionen, wie die Zentral-Invalidentasse, auf welche tausende ihre Hoffnung gesetzt für die Tage, in welchen ihre Kräfte nicht mehr ausreichen zur Arbeit, ebenso die Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, welche viele auf der Reise und am Orte befindliche konditionslose Kollegen vor Not bewahrt habe, mit einem Federstrich vernichtet werden sollen. Auch wird der vielen pekuniären Opfer gedacht, welche gebracht worden seien, dieses Gebäude zu stande zu bringen. Schließlich wird an die Mitglieder die Mahnung gerichtet, trotz aller der Gehilfenschaft entgegenstehenden Hindernisse nicht zu erlahmen, vielmehr zu zeigen, daß selbige einig sei und auf diesem oder jenem Weg unentwegt und mutig ihrem Ziel entgegenstreiten werde, und der Wunsch ausgesprochen, daß die heutigen Beratungen mit dazu beitragen möchten, zum Wohl aller zu wirken. Nachdem die Anwesenden aufgefordert worden waren, sich rege an der Debatte zu beteiligen, da die Meinung der heutigen Versammlung den betreffenden Delegierten zur Gau- oder Bezirksvorsteherversammlung in Hannover als Richtschnur dienen müsse, wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten. Beschlossen wurde, über die gesamten Punkte der Tagesordnung zugleich zu debattieren, da der Entschied selbst wenig Anlaß zur Beratung gäbe, sondern die nun durch denselben nötig werdenden Maßnahmen die Hauptsache seien. Aus den Beratungen ging im allgemeinen hervor, daß man hierorts der von vielen Seiten empfohlenen Dezentralisation des Vereins nicht sympathisch gegenüber steht, da durch dieselbe noch keineswegs der Stein des Anstoßes beseitigt sei. Um so mehr sind die hiesigen Mitglieder derselben nicht zugeneigt, weil man der Zentralisation zu Liebe an vielen Orten vorhandene Kranken- und Invalidentassen aufgelöst oder in die betreffenden Zentralstellen übergeführt hat. Der zur Kenntnis der Versammlung gelangende Artikel in Nr. 5 des Corr., „Ruhig Blut“, wurde einer Besprechung mit unterzogen und sprachen sich verschiedene Redner dahin aus, daß derselbe so ziemlich das Richtige treffe, wenn auch manche Lücke in demselben enthalten sei. So z. B. habe der Verfasser nicht Recht, wenn er meine, daß aus der Gewerkschaftskasse alles mögliche bestritten werden könne, der Gewerbeverein sei nur berechtigt, aus Gewerkschaftsmitteln dasjenige zu leisten, was zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen erforderlich sei. Eine kürzlich gefällte Reichsgerichtsentcheidung, welche zur Verletzung gelangte, bestätigte diese Ansicht auch voll und ganz. (?) Die nun in vorstehender Tagesordnung vom Bezirksvorstande verlangte Vollmacht hält derselbe aus verschiedenen Gründen für notwendig, erstens für den Fall, daß dem Gau Hannover die Verbindung mit nichtpreussischen Vereinen unterlagt würde, zweitens, wenn es der Generalversammlung nicht gelingen sollte, eine Form zu finden, die Invalidenunterstützung für die Allgemeinheit aufrecht zu erhalten und drittens in Anbetracht plötzlich eintretender Ereignisse. Die Versammlung erteilte die Vollmacht durch Annahme folgenden Antrags: „Die Versammlung beschließt, die vom Bezirksvorstande verlangte Vollmacht für etwa schnell nötig werdende Schritte zu erteilen.“ Die Zentral-Invalidentasse gab zu längerer Beratung keinen Anlaß. Einem Redner schwebte allerdings die Idee vor, von dem vorhandenen Fonds eine Stiftung zu gründen, worin sämtliche jetzt vorhandene Invaliden aufzunehmen und bei etwaigem Tod eines Mitglieds ein neuer einzurücken solle. Dieser Vorschlag wurde aber schon deshalb als unausführbar angesehen, weil hierzu unsere circa 800000 Mark nicht ausreichen, den jetzigen Invaliden auch aus Billigkeitsgründen ihr

Invalidentgeld nicht geschmälert werden dürfe. Wie die Dinge nun einmal ständen, würde wohl nichts weiter übrig bleiben als die Invaliden in den Nordstern einzukaufen. Die „Zentral-Krankenkasse“ dagegen war wiederum Gegenstand gründlicher Erwägung. Die Nachteile der Orts- resp. Gemeindefassen wurden beleuchtet, auch hervorgehoben, wie segensreich die Zentral-Krankenkasse für die Kollegen an kleinen Orten und für diejenigen auf der Reise gewirkt habe. Der Ansicht, daß die Provinz zu viele Opfer für die großen Städte betreffs der Krankenunterstützung tragen müsse, wurde entgegengehalten, daß Städte wie Berlin, Leipzig und Hamburg in Tarifangelegenheiten auch große Opfer im Interesse der Provinz gebracht hätten. Wenn gesagt würde, die eingeschriebenen freien Hilfskassen müßten schließlich doch den veränderten Verhältnissen weichen, so sei dies wohl der nichtigste Grund, denn einmal Erreichtes müsse bis zum letzten Augenblicke hochgehalten werden. Was von den die entgegengesetzte Ansicht vertretenden Kollegen hauptsächlich ins Feld geführt wurde, war die sicher in Aussicht stehende Erhöhung des Beitrages; man behauptete, der Hauptvorstand habe doch nicht ohne rechnerische Grundlage eine Erhöhung desselben auf 70 Pf. pro Woche angenommen. Auch dürfe die Krankenkasse nicht immer als wichtigstes Glied des Unterstützungsvereins angesehen werden, dieselbe sei erst aus dem Gewerksvereine hervorgegangen. Die ausführliche Debatte endete mit Annahme einer ähnlichen Resolution, wie sie schon in einer früheren Versammlung gefaßt worden war. Dieselbe lautet: „Die heutige Versammlung hält es für dringend notwendig, daß die Zentral-Krankenkasse erhalten bleibe und spricht die Erwartung aus, daß die demnächst zu wählenden Delegierten für den Gau Hannover auf der Generalversammlung mit aller Kraft hierfür eintreten. Selbstverständlich sei eine Beitragserhöhung so viel als möglich zu vermeiden.“ Ferner beschäftigte man sich mit der Reise- und Konditionslosenkasse. Ausgeführt wurde, daß diese Kasse vor allem dazu diene, den Tarif hoch zu halten; ließe man die Kollegen auf der Reise im Stiche, so wären dieselben genötigt, unter jeder Bedingung Kondition anzunehmen. Ein jeder könne unter heutigen Verhältnissen in die Lage kommen, auf die Reise gehen zu müssen. Den reisenden Kollegen gegenüber sich auf das hohe Pferd zu setzen, wie im Corr. verschiedentlich geschehen, sei, wie der Vorsitzende näher ausführte, im höchsten Grade verwerflich. Auch betreffs dieser Kasse wurde eine Resolution folgenden Inhalts gefaßt: „Die heutige Versammlung spricht die Erwartung aus, daß die in Hamburg stattfindende Generalversammlung ihr Hauptaugenmerk auf Erhaltung der Unterstützung für reisende Kollegen, wenn möglich in jetziger Form und Höhe, richten möge. Für die Generalversammlung beschloß die Versammlung einstimmig, Herrn Günther wiederum als Kandidaten aufzustellen, da der Bezirksvorsteher Herr Meyer eine Kandidatur entschieden ablehnte. Mit einem Hoch darauf, daß die heutigen Beratungen mit dazu gedient haben möchten, zum Wohle der ganzen Gehilfenschaft zu wirken, schloß der Vorsitzende die trefflich besuchte Versammlung. — Dem Wunsche, möglichst in der bisherigen Form weiter zu arbeiten, wird sich wohl jeder Kollege anschließen, sollte aber solches durch die Verhältnisse unmöglich werden, so können wir uns doch der Hoffnung hingeben, daß das Gefühl der Zusammengehörigkeit, der eng verbundenen Interessen im „Kampf ums Dasein“ die deutschen Buchdrucker Mittel und Wege finden lassen wird, sich zu vereinigen und gemeinsam allen Anfechtungen als geschlossenes Ganzes gegenüber zu stellen.“

W. Erfurt, 27. Januar. Die unserer letzten Mitgliederversammlung vorhergegangene Bezirksversammlung in Weimar, in welcher die Bezirke Weimar, Erfurt und Jena vertreten waren, hat in jeder Beziehung anregend gewirkt und so wurde denn auch hier die uns so aufregende Reorganisationsfrage dahin zur Entscheidung gebracht, daß man sich den Ausführungen des Vorsitzenden anschloß, welche dahin gingen, daß unter allen Umständen ein Gewerbeverein im Sinne des Leiters in Nr. 5 des Corr. einer Dezentralisation vorzuziehen sei. Ebenso ist man einig, daß die Zentral-Krankenkasse fallen müsse, während man sich für einen Einkauf der Invaliden in eine Versicherungsgesellschaft nicht erwärmen konnte. Im Fall einer Dezentralisation erklärte man sich jedoch mit der Errichtung von Gau-Invalidentassen als Ergänzungs- resp. Zuschüssen zur staatlichen Altersversorgung einverstanden. Auch wurde der Wunsch laut, daß die reichlich bemessenen Diäten für die Generalversammlungs-Delegierten etwas beschränkt werden möchten, welcher Ansicht die Versammlung sich anschloß. — Heute, den 27. Januar, ist nun das bereits in Aussicht gestellte Ereignis eingetroffen, indem die hiesigen Kassenein-

richtungen des U. V. D. B. aufgelöst wurden. Nachstehend lassen wir das uns übergebene Schreiben wörtlich folgen: „Erfurt, den 23. Januar 1888. Nach einer mir zugegangenen Mitteilung ist das Gesuch des Unterstützungsvereins Deutscher Buchdrucker zu Stuttgart um Zulassung zum Geschäftsbetrieb in Preußen seitens des Herrn Ministers des Innern abgelehnt worden. Der Verein und seine Lokalvereine bestehen daher ohne gesetzliche Grundlage. Unter Hinweis auf mein Schreiben vom 9. November pr. sehe ich mich hiernach veranlaßt, die zwangsweise Schließung der hiesigen Kasseneinrichtungen anzuordnen. Herr Polizei-Kommissarius Rost ist von mir beauftragt, die für die Führung der Kassengeschäfte und die Korrespondenz der Zahlstelle bestimmten Bücher sowie die etwaigen Kasseneinbestände an Marken und barem Gelde gleichzeitig mit der Zustellung dieses Schreibens in polizeiliche Gewahrsam zu nehmen, damit dann nach Maßgabe der einschläglichen gesetzlichen Bestimmungen über dieselben weiter disponiert wird. Die Polizei-Verwaltung. Der Oberbürgermeister Geh. Regierungsrath Breslau.“ Der hiesige Vorstand hat sofort eine Eingabe an die Wohlbl. Polizeiverwaltung gerichtet und um Verschärfung der Maßregel bis nach der Generalversammlung und Vorlegung des neuen Statuts gebeten. — In bezug auf die Zentral-Krankenkasse haben wir auf unsere Genehmigung nach § 75 des Krankenversicherungsgesetzes hingewiesen und gegen eine Verweisung in die Ortskasse Protest eingelegt.

C. A. Rom, Ende Januar. Die letzten Akte des alten Zentralkomitees bestanden außer der Erledigung der laufenden Geschäfte erstens in der ernstgemeinten Aufforderung an die einzelnen Sitze, die Beiträge für das zweite und dritte Vierteljahr an die Vereinskasse abzuführen, um sich seiner finanziellen Verpflichtungen zu entledigen. Es ist immerhin ein bedenkliches Zeichen, daß noch so alte und darunter ansehnliche Rückstände vom Anfang April bis Ende September einzufordern sind; aber die Steuerfrage ist unter allen Umständen heikler Natur und, wenn nicht energisch Feuer dahinter gemacht wird, möchte sie lieber gar nicht erledigt werden. Zweitens die Aufforderung an die Sitze, zur Wahl der Delegierten zu schreiten, denen die Bildung des neuen Zentralkomitees obliegt. Die Tätigkeit der Oberleitung darf übrigens nicht zu gering angeschlagen werden. Jede Woche, gewöhnlich Mittwochs, wird eine gewöhnliche Sitzung abgehalten, in welcher die eingegangenen Korrespondenzen vorgelesen und darüber bestimmt wird, welche im Verbandsorgan abgedruckt werden sollen. Manche derselben bieten bisweilen hinreichenden Stoff zu ausführlichen Besprechungen. Besondere Fälle werden in außerordentlichen Sitzungen verhandelt. Von jeder Versammlung wird im Tipograf ein kurzes Protokoll veröffentlicht, in welchem zugleich die Zahl der anwesenden Mitglieder angezeigt wird. — Aus Rom gibt es, außer den stereotypen Klagen über unzureichende Beschäftigung und Steuerlast, nichts Besonderes zu melden; aus Turin dagegen sind uns vom dortigen Sezerstz (in den großen Druckstädten behandeln die Sezer und Drucker ihre Verbandsangelegenheiten in abgesonderten Vereinen) Berichte zugegangen, aus denen uns einiges der Erwähnung wert erscheint. Mitte Dezember 1887 ist es endlich doch gelungen, den Rechnungsabschluss für das Jahr 1886 fertig zu bringen. In diesem Abschlusse kam ein Posten vor, der die Mitglieder stutzig machte; es betraf nämlich die Ausgabe von 450 Lire für das neu eingeführte Institut der Schiedsgerichte. Es ließ sich nichts dagegen machen. Doch verlangte man wenigstens in einer der nächsten Sitzungen mehr ins einzelne gehende Erläuterungen und Spezifizierung der Kosten für die vereinzelt Fälle. Diese Summe hat zwar einen etwas herben Beigeschmack, aber die Schiedsgerichte schützen dafür gegen Tarifverletzungen und unangemessene Behandlung seitens der Prinzipale, welche das Recht der Arbeiter anerkannt und ihre Zustimmung, sich den Aussprüchen jener Gerichte zu unterwerfen, schriftlich gegeben haben. Was soll man aber mit solchen Kollegen anfangen, die sich rühmen Verbandsmitglieder zu sein, aber gegen die Vorschriften desselben handeln und, um ihre seit einer Reihe von Jahren inne gehabte Stellung ja nicht zu gefährden, sich mit einer geringern Bezahlung für Ueberstunden abgeben lassen als der Tarif vorschreibt, wie dies in einer der ältesten Druckereien Turins kürzlich vorgekommen. Hier hat das Schiedsgericht keine Macht. Sie können nur vor das Forum der Öffentlichkeit gestellt und durch moralische Mittel zur Umkehr veranlaßt oder, was möglichst zu vermeiden, durch Ausschluß bestraft werden. Andere Tarifprinzipale suchen den vermeintlichen Nachteil, den sie durch angemessene Bezahlung ihrer Gehilfen zu erleiden glauben, durch Annahme einer verhältnismäßig größeren Zahl Lehrlinge einzubringen. Wie weit es mit diesen Vorteilen her ist,

mag ihnen die Zeit lehren. Das Lehrlingsunwesen ist auch einer jener anstößigen Punkte, gegen die der Verband bis dato nicht viel hat ausrichten können. Der Bericht schließt mit einer Mahnung an jene Kollegen, welche mit ihren Steuern noch im Rückstande sind, und deren sind nicht wenig, ihre Gewissen und ihre Börsen recht bald aufzuthun, wenn sie ihre Namen nicht auf der Liste der faulen Zahler sehen wollen. Um ihnen dies möglichst bequem zu machen, ist ein Komiteemitglied beauftragt, jeden Abend im Verbandslokal anwesend zu sein und die Gelder in Empfang zu nehmen. Die hier ausgeführten Grabamina sind nicht etwa eine Eigentümlichkeit der Turiner Typographie, nichts weniger als das, man kann sie wohl allereigenen finden. — Die Stereotypen und Galvanisuren sind nun nach dem Vorgang ihrer typographischen Verwandten zu einem Verbandszusammenschluß getreten, der sich gegen Ende vorigen Jahres in Mailand konstituiert hat. In dem Rundschreiben an sämtliche Fachgenossen in Italien wird als Zweck des Verbandes die Verbesserung der materiellen Lage und die Emanzipation der arbeitenden Stereotypen und Galvanisuren angestrebt angegeben. Der Verband wird bis auf weiteres seinen Sitz in Mailand haben und das Komitee labet alle Fachgenossen in den Provinzen ein, Sektionen zu bilden, um über die zuzuständigen Mittel zu beraten, die zur Weiterentwicklung der Kunst und der Beförderung der Interessen der sie Ausübenden irgendwie beitragen können. In Orten, wo die Zahl der Arbeiter zu gering ist, um selbständige Sektionen zu bilden, sollen sie zu Gruppen zusammentreten und sich der zunächst gelegenen Sektion anschließen. Wenn sich die betreffenden die Organisation der Typographen zum Muster nehmen, dann ist zu hoffen, daß auch diese Vereinigung das angestrebte Ziel erreichen wird. — Daß auch von seiten der Arbeiter an Förderung der Kunst gedacht wird, beweist die Zuerkennung der silbernen Medaille für nützliche Erfindungen auf dem Gebiete der Künste und Gewerbe an einen Mailänder Stereotypen, Giuseppe Giozso, seitens des Ministeriums des Ackerbaues und der Gewerbe. Die Erfindung bezieht sich auf Verbesserungen in der Gips- und Papierstereotypie, welche die französische Papier- und die englische Gipsmethode wesentlich übertreffen sollen. Die Erfindung führt den Namen „Metodo Giozso“ und ist bereits in mehreren großen Etablissements eingeführt. Als Vorzüge werden angegeben leichtere und schnellere Handhabung beim Guß der Platten und mehr Schonung der Schrift.

**K. Wolfenbüttel**, 25. Januar. Von Köln aus wurde im Corr. der Vorschlag gemacht, es möchte durch den Zentralvorstand resp. die Gau- oder Bezirksvorstände die bedrängte Lage unsers Vereins einem resp. einigen Reichstagsabgeordneten dargelegt werden, damit diese bei passender Gelegenheit im Reichstage diese Angelegenheit zur Sprache bringen und so eine Gegenüberung der Regierung herbeiführen könnten. Es ist dies meiner Meinung nach ein durchaus annehmbarer Vorschlag und wenn die Redaktion des Corr. dazu bemerkt, es hätte sich von selbst ein Anwalt für unsern Verein im Reichstage finden müssen, so ist dem entgegen zu halten, daß leider über die Anfechtungen, welche der U. B. zu ertragen hat, wie überhaupt über den U. B. und sein Wirken in der Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt ist. Wenn man sieht, wie andere Vereinigungen, oft weit unbedeutender als die unsre, sich in der Tagespresse breit machen, so muß es betremden, daß gerade über den Gewerksverein der Buchdrucker und seine Hilfsklassen so wenig oder vielmehr gar nichts in den politischen Zeitungen zu lesen ist, obwohl doch wir gerade dem Zeitungsweesen am nächsten stehen. Hier liegt jedenfalls eine Unterlassungssünde unserer Vorstände vor, denen es zur Pflicht gemacht werden sollte, regelmäßig kurze überschlägliche Notizen an die Redaktionen der verbreitetsten Blätter zu senden. Wäre dies geschehen, dann könnte man sich eher wundern, daß im Reichstage und anderen deutschen Parlamenten noch keine Stimme für uns laut geworden ist, denn daß auch nur ein einziger Abgeordneter den Corr. liest, dem wir unsere Klagen anvertrauen, ist doch wohl zweifelhaft. Wären unsere Volksvertreter besser über die Lage des U. B. D. B. unterrichtet, dann hätte die Behauptung des Staatsministers v. Bötticher am 23. Jan. im Reichstage wohl nicht unerwidert bleiben können, als er äußerte, die Invalidenklasse der Buchdrucker müsse ihre Zahlungen einstellen, weil sie bankrott sei, auch sei ihm, dem Minister, nichts von polizeilichen Maßregelungen bekannt. Ich vermag daher den Kölner Vorschlag nur aus vollster Ueberzeugung zu unterstützen und möchte nur hinzufügen, daß das Ersuchen, uns im Reichstage in Schutz zu nehmen, an Abgeordnete verschiedener Parteien gerichtet werden möchte, damit jeder Schein, als neige der Verein irgend einer politischen Partei zu, beseitigt wird. Vielleicht wäre

es auch angebracht, eine kleine Broschüre über die Lage des U. B. D. B. für sämtliche Reichs- und Landtagsabgeordnete zu drucken.

## Rundschau.

Die Münchner Neuesten Nachrichten und der Bayerische Kurier brachten längere Artikel über die Zerstörung des U. B. D. B. Das erstgenannte Blatt sagt, nachdem es summarisch die Leistungen des Vereins besprochen, am Schlusse: „Angesichts dieser Thatsachen ist es schwer begreiflich, wie die maßgebenden Kreise, welche durch neue draconische Gesetze die Ausbreitung der sozialdemokratischen Bewegung zu hindern suchen, die Hand dazu bieten können, eine Arbeiterorganisation zu zerstören, die auf humanitären Gebieten selbst nach dem Zeugnisse streng konservativer Stimmen so Außerordentliches leistet, an deren Aufbau Tausende von Arbeitern Jahrzehnte lang mit Hingebung und Uneigennützigkeit gewirkt. Was soll den 13000 deutschen Buchdruckern die in Aussicht gestellte minimale Reichs-Invalidenversicherung, wenn man ihnen dafür die Hoffnung auf eine selbst erworbene Alters- und Invalidenrente, in deren Bezug sie gegebenen Falles jederzeit treten können, gewaltsam zerstört? Hat man in maßgebenden Kreisen keine Ahnung, in welches Lager die 13000 Arbeiter nach Zerstörung ihrer Organisation sich wenden können, und daß damit nur die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgt werden? Im Interesse des sozialen Friedens wäre die Auflösung dieser segensreich wirkenden gewerkschaftlichen Vereinigung nur zu beklagen; vielleicht erfüllt sich noch in zwölfster Stunde die Hoffnung der betroffenen Arbeiter, daß das letzte entscheidende Wort noch nicht gesprochen ist.“ — Auch die Augsburger Abendzeitung sowie der Pfälzische Kurier brachten einen längeren Artikel über die gleiche Angelegenheit.

Wie die Preussische Lehrerzeitung meldet, werden Vorbereitungen zur Herausgabe eines für ganz Preußen bestimmten Schriftdukts (preussischen Normalalphabets) getroffen. Die Veranlassung und Anregung hierzu ist aus den Kreisen der Seminarlehrer gekommen, denn nach den für die Volksschulen in Preußen geltenden gesetzlichen Bestimmungen ist der Schreibunterricht nur nach der in den zuständigen Lehrerseminaren erteilten Methode zu geben. Welche Willfür hier aber noch herrscht, wird aus dem umfangreichen, aus 106 Seminaren gesammelten Material sichtbar (5 Seminare haben jede Auskunft verweigert). Nicht nur nicht an den Seminaren einer Provinz, sondern nicht einmal in einem und demselben Regierungsbezirk ist ein einheitlicher Schriftduktus vorhanden.

In einem Prozesse gegen den frühern hannoverschen Staatsminister v. Hohenberg und den Redakteur der Deutschen Volkszeitung in Hannover hatte das Landgericht auf Freisprechung erkannt. Das Reichsgericht gab einem Revisionsantrag statt und infolge dessen kam die Sache zur nochmaligen Verhandlung vor dieselbe Strafkammer in Hannover, welche nun gegen den Verfasser des betreffenden Artikels auf 3 Wochen Gefängnis erkannte, es jedoch bei der Freisprechung des Redakteurs bewenden ließ.

In Hamburg wurde auf Grund des Sozialistengesetzes die Nr. 1 des zweiten Jahrganges der Zeitschrift „Der Schneider“ und damit das fernere Erscheinen derselben verboten. Desgleichen der ebenfalls in Hamburg erscheinende Schiffbauerbote.

Das Landgericht I in Berlin verurteilte einen Abonnenten des Züricher Sozialdemokraten wegen Weibisse zur Verbreitung der genannten Zeitung zu 30 Mk. Geldstrafe. Das Erkenntnis sagt, daß die Expedition des Sozialdemokraten in Zürich zweifellos sich der Verbreitung verbotener Druckschriften schuldig machte und der Angeklagte dieses Vergehen durch sein Abonnement begünstigt habe, indem er dadurch der gedachten Expedition Gelegenheit gab, die Zahl der abzuführenden Exemplare um eins zu vermehren. Da dieses Urteil auf Grund eines Reichsgerichts-Erkenntnisses erfolgte, das noch neu ist, so wurden dem Angeklagten Milderungsgründe zugebilligt, da er bis dahin der Meinung sein konnte, daß ein Einzelabonnement nicht strafbar sei.

Dem Jahresberichte der Kranken- und Begräbniskasse für die Mitglieder des Unterstützungsvereins der Schriftgießergehilfen zu Berlin, G. H., entnehmen wir das folgende: Einnahme vom 1. Januar bis 31. Dezember 1887 7214,40 Mk., Ausgabe 5808,34 Mk.; Mehreinnahme 1406,06 Mk.; ab Reservefonds 1200 Mk. Bestand am 1. Januar 1888 206,06 Mk. Die Kasse wurde am 27. Januar von den Herren C. Dunkel und W. Civa revidiert.

In Berlin streifen die Sattlergehilfen der Militäreffektenfabriken von Voh, Hoffmann und Wunderlich Nachf., an Zahl 1000 Mann

In Wien fand am 25. Januar eine Prinzipalversammlung statt, welche für die Revision des Tarifs die Herren Chr. Reiser, F. Sulzkißky und A. Nimrich als Zeitungsbesitzer, die Herren A. Reiß, R. Spies und F. Kreisel für die Werkdruckereien und die Herren K. Schleicher, B. Poppelbaum und R. Brenner für die Schriftgießereien wählte. Die neun Gehilfen, mit welchen vorgenannte Herren gemeinschaftlich beraten sollen, sind bereits früher gewählt. Ferner wurde beschlossen, zureisenden Gehilfen auf Kosten des Gremiums für zwei Nächte anständige Unterkunft zu gewähren.

In Salzburg ist am 16. Januar ein neuer Tarif in Kraft getreten. Der Tausendpreis ist um 1 Kr., das gewisse Geld um 5 Proz. aufgebessert. Das Minimum des letztern beträgt 9 fl.

Ein selbstschließendes Spaltenschiff hat ein Mr. Edward Lloyd erfunden. Die Einrichtung ist einfach die, daß die eine Seitenleiste beweglich ist und in einer Nutte gleitend von 14 auf 16 1/2 Gebierr Breite (die gewöhnlichen Breiten der Zeitungsspalten) verstellbar werden kann. Der Bleisteg am Fuße der Spalte ist in ähnlicher Weise angebracht und verstellbar. Hat der Setzer seinen letzten Winkelhafen ausgehoben, so rückt er einfach den Bleisteg fest und er kann dann sofort abziehen. Umbrechen und Ausschließen läßt sich mittels dieses Schiffes ebenfalls leicht ausführen. Fabrikanten dieses Utensils sind die Herren Miller & Richard, Schriftgießerei in London und Edinburgh.

Die Bibel ist jetzt in 83 Sprachen vorhanden. Das Neue Testament allein in 171 Sprachen.

In Camden im Staate New-Jersey starb im 84. Jahre der Lithograph Jacques Wisler, aus Straßburg im Elsaß gebürtig. Wisler gravierte fast sämtliche Platten zu dem Papiergeld und den Bonds der konföderierten Staaten und war als Künstler bis zu seinem Tode geschätzt.

## Gefahren.

In Ludwigschafen a. Rh. am 18. Januar der Drucker-Invalid Konrad Eberhard aus Eisenberg (Pfalz).

## Briefkasten.

Eingegangen: Artikel: Zentralisation oder Dezentralisation; Zur Generalversammlung; Landesverbände oder Gewerksverein. Korr. aus Blauen, Dortmund, Breslau.

## Vereinsnachrichten.

### Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker.

**Bezirksverein Blauen.** In der am 22. Jan. stattgefundenen Bezirksversammlung wurde Herr Friedrich Müller als Bezirksvorsteher wiedergewählt. Briefe sind wie bisher an Friedr. Müller, Wieprechtische Buchdruckerei, Gelder an Fr. Reiser, Klösterlein 10, zu senden.

**Baden-Baden.** In der am 21. Januar stattgehabten Generalversammlung wurde Emil Baumgartner als Vertrauensmann gewählt. Briefe zc. sind an obengenannten (v. Hagensche Hofbuchdruckerei) zu richten.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigeigte Adresse zu senden):

In Barmen der Maschinenmeister Aug. Nebe, geb. in Barmen 1867, ausgelernt daselbst 1886; war noch nicht Mitglied. — Otto Milaugh, Wallstraße 6.

In Hildesheim der Maschinenmeister August Krone, geb. in Hildesheim, ausgelernt daselbst 1881; war schon Mitglied. — A. Ahrens, Dammstraße 1349.

### Elsaß-Lothringischer Unterstützungsverein.

**Bekanntmachung.** In der am 15. Januar 1888 stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Mitglieder in den Zentralvorstand gewählt: H. Schindhelm, 1. Vorsitzender, Jungfrauen-gasse 4; C. Fiske, 2. Vorsitzender; Herm. Sievert, Schriftführer, Nicolausgasse 12, III.; A. Gerosst, Kassierer, Pennengasse 24; C. Rauch, F. Guthmüller und Fr. Fuchs, Beisitzer. — Der Vorstand der Zentral-Krankenkasse besteht aus denselben Mitgliedern. — Die zur Verwendung gelangenden Fragebogen sind am 20. Februar auszufüllen; zur genaueren Feststellung der Statistik dürfte es sich empfehlen, die ausgefüllten Fragebogen einer Mitgliederversammlung zu unterbreiten. — Ebenso werden diejenigen Mitgliedschaften, welche einen Bericht über das verfllossene Vereinsjahr zu machen gedenken, ersucht, denselben bis längstens 20. Februar an den Zentralvorstand einzufenden, damit alles in dem Jahresbericht Aufnahme findet. —  
Straßburg. Der Zentralvorstand.